

# Landtag Aktuell

## 33. Ausgabe

Düsseldorf, 07. Oktober 2011



**Gregor Golland**

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

---

### Landesregierung will Haushalte von Frechen und Wesseling schröpfen

Anstatt ärmere Kommunen im Land bei Ihrer Entschuldung zu fördern und zu fordern, wie es die CDU-Landtagsfraktion mit ihrem Konzept zur Zins- und Entschuldungshilfe unlängst vorgeschlagen hat (ich berichtete Ihnen letzte Woche davon), verstärkt die Landesregierung die finanzielle Schiefelage unserer Städte und Gemeinden.

„Stärkungspakt Stadtfinanzen“ nennt die Minderheitsregierung ein Gesetz, das vermeintlich reichen Städten Geld nimmt, um es ärmeren zu geben. Auch zwei Städte aus dem Rhein-Erft-Kreis sollen ab 2014 für sieben Jahre an diesem interkommunalen Finanzausgleich beteiligt werden. Frechen hätte demnach in diesem Zeitraum 1.996.820 Euro abzugeben und die Stadt Wesseling müsste 1.379.210 Euro beitragen. Diese Zahlen stammen aus der vorliegenden ergänzenden Modellrechnung 3a, „Kommunal Haushaltskonsolidierung in NRW“.

Im Verhältnis zu vielen anderen Kommunen in NRW geht es Frechen dank einer soliden Haushaltspolitik der CDU vor Ort noch gut. Ich frage mich: Warum soll man die Stadt durch zusätzliche Abgaben für diese Politik bestrafen?

Unerklärlich ist auch, wie die Stadt Wesseling in die Liste der finanzstarken Städte Nordrhein-Westfalens kommen konnte. Wesseling befindet sich im Nothaushalt. Wie soll die Stadt zusätzliche 1,4 Millionen aufbringen? Das ist einfach absurd. Im Innenministerium weiß man entweder nicht, was man tut oder nimmt die unfaire Umverteilung Richtung Ruhrgebiet billigend in Kauf. Weitere Informationen finden Sie hier: <http://kurzlink.de/GGabundanz>.

### NRW im Ländervergleich auf letztem Platz bei Haushaltssanierung

Die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse verbietet den Bundesländern ab dem Jahr 2020 neue Schulden aufzubauen. Bis dahin müssen ihre strukturellen Defizite verschwunden sein. Dies wird von der Landesregierung sträflich ignoriert. In einem Ranking der Bundesländer des Instituts der Deutschen Wirtschaft belegt NRW mit großem Abstand den letzten Platz. Zum Beispiel beträgt die Konsolidierungsquote Sachsens 166,9% und es werden erstmals sogar Überschüsse erwirtschaftet. NRW steht mit **-36,5%** blamiert da.

Wortwörtlich heißt es in dem Bericht: „[...] Anders ist dies in Nordrhein-Westfalen. Dort betrug das strukturelle Defizit 2010 4,8 Milliarden Euro. Bis 2013 soll es um weitere 1,7 Milliarden Euro zunehmen. Den Planungen zufolge würde es dann 6,5 Milliarden Euro betragen. Damit ist der Haushalt von Nordrhein-Westfalen eindeutig nicht nachhaltig und genügt nicht den Anforderungen der Schuldenbremse.“ Die Studie: <http://kurzlink.de/GGschuldenvergleich>.

Der Finanzminister behauptet, das Defizit gegenüber der Ursprungsplanung gesenkt zu haben, verschweigt aber, dass ihn dazu der Verfassungsgerichtshof nach unserer Klage gezwungen hat. SPD und Grüne opfern für kurzlebige Wahlgeschenke die Zukunft des Landes und den Wohlstand für die nächsten Generationen.

### Grüne wollen NRW zum Biotop ausbauen und vergessen Menschen und Wirtschaft

Bei der Vorstellung der Klimaschutzziele präsentierte sich die grün-rote Minderheitsregierung wie gehabt: Umweltminister Rimmel verkündete seine Projekte, die zum großen Anteil aus dem Topf des SPD-Wirtschaftsministers bezahlt werden. Die Wirtschafts- und Energiepolitik findet in NRW vor allem im grünen Umweltministerium statt.

Der Minister bemühte bei der Präsentation der regionalen Klimapolitik Nordrhein-Westfalens, die große Weltpolitik von Washington bis Dubai. Dabei ignorierte er völlig, dass Nordrhein-Westfalen im Alleingang niemals nennenswerte Klimaeffekte erzielen kann.

Während die Verschuldung im Land kräftig ansteigt, soll der CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2020 um 25% reduziert werden. Bis 2050 sollen es 80% sein. Die Grünen planen zudem eine massive Erleichterung zum Bau von Windkraftanlagen mit einer Höhe von 180 Metern und Eingriffe in die kommunale Eigenverwaltung, etwa bei Bebauungsplänen.